

Oslo auf dem Prüfstand

Die Rede von Präsident Abbas vor den Vereinten Nationen

Am 30. September hielt Mahmud Abbas eine Rede vor der 70. Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN). Seine Worte machten viele Zuhörer ratlos: Hat er oder hat er nun nicht die so genannten Oslo-Abkommen, das heißt die palästinensisch-israelische Vertragsgrundlage für die Lösung des Konflikts zwischen beiden Völkern aufgekündigt? Fest steht: Nicht die aktuelle Gewaltspirale in Israel und den besetzten Palästinensischen Gebieten, sondern längerfristige Beweggründe haben Abbas dazu veranlasst, eine neue Phase der bilateralen Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern einzuläuten. Wie sich diese nach der Rede ausgestalten, bleibt bislang Spekulation. Nicht zu unterschätzen sind zudem die innenpolitischen Implikationen seiner Rede: Die Beziehungen zwischen Palästinensischer Befreiungsorganisation (PLO) und Palästinensischer Autonomiebehörde (PA) stehen auf dem Prüfstein.

Im Vorfeld der Rede in New York wurde bereits viel über den möglichen Inhalt spekuliert. Eine sprichwörtliche „Bombe“, so hatte Mahmud Abbas angekündigt, wolle er platzen lassen. Schauen wir zunächst auf den Inhalt der Rede, in der der Präsident im Wesentlichen vier Aspekte aufgreift:

(1) Provokationen in Jerusalem

Bereits Ende September deutete sich an, was sich zwischenzeitlich zu einem Flächenbrand ausgebreitet hat: Abbas kritisiert die „bewussten Provokationen“ der israelischen Politik rund um und auf dem al-Haram al-Sharif/Tempelberg in der Jerusalemer Altstadt, der laut Status Quo nur Muslimen

zum Gebet offensteht. Fortlaufende Besuche von Menschen jüdischen Glaubens und israelischen Politikern, auch aus Reihen der Regierung Benjamin Netanjahus, um dort auch zu beten, hatten die jüngste Gewaltspirale mitausgelöst. Abbas sieht hierin die Gefahr, „neue Realitäten“ auf dem für Muslime und Juden gleichermaßen wichtigen religiösen Ort zu schaffen. Für den Palästinenserpräsident, der damit die Stimmung seines Volks aufgreift,¹ steht fest: Hier wird der Status Quo von 1967, der das Zugangsrecht regelt, verletzt und der politische Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis um eine religiöse Komponente erweitert.

(2) Fehlende internationale Unterstützung

In Anlehnung an die Jubiläumssitzung – zum 70. Mal tagt in diesem Jahr die VN-Generalversammlung – erinnert der Präsident daran, dass die Lösung des Nahostkonflikts zu den ersten Herausforderungen zählte, denen sich die 1945 neu gegründete Internationale Organisation annahm. Jedoch, so Abbas, bleibe die *Palästina-Frage* bis heute ungelöst und die VN-Mitglieder zeigten sich unfähig, diese Ungerechtigkeit zu beenden. Das erklärte Ziel aus Sicht Abbas' bleibe weiterhin die Zwei-Staaten-Lösung, eingebettet in „eine Kultur des Friedens und der Koexistenz beider Völker“. Diese sei indes nicht zu erreichen, wenn die

¹ Laut einer aktuellen Umfrage der KAS Palästinensische Gebiete und PCPSR gehen 50 Prozent der Palästinenser davon aus, dass Israel eine sukzessive Annexion des al-Haram al-Sharif/Tempelbergs plane, vgl. gemeinsame Presseerklärung von KAS und PCPSR, 21.09.2015 - http://www.kas.de/wf/doc/kas_16864-1442-1-30.pdf?150925131343.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

BASTIAN SCHROEDER

Oktober 2015

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Aktuelle Informationen finden Sie auch auf [Facebook](#) und [Twitter](#)

israelische Besatzung und der Siedlungsbau fortgesetzt würden. Auch die aktuellen „Preisschildangriffe“ – Gewalt extremistischer Siedler gegen Palästinenser – verurteilt der Präsident scharf. In der Pflicht sieht er weiterhin die internationale Staatengemeinschaft, die in den VN und andernorts für eine Zwei-Staaten-Lösung eintritt.

(3) Palästinensische Verantwortung

Er geht zudem auf die Bemühungen ein, staatliche Strukturen im Rahmen der 1994 geschaffenen Palästinensischen Autonomiebehörde zu vertiefen. Mit Blick auf die politische Spaltung zwischen Westjordanland und Gazastreifen bekräftigt er seinen Willen, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, die den Überzeugungen der PLO (die als palästinensische Vertreterin das Existenzrecht Israels anerkannt hat) verpflichtet ist, und Präsidentschafts- sowie Parlamentswahlen abzuhalten.

(4) „Wir fühlen uns nicht mehr an die Verträge gebunden“

Ausführlich blickt Präsident Abbas auf Vermittlungsbemühungen der internationalen Staatengemeinschaft zurück. Seine Bewertung drückt Enttäuschung aus: Israel, so Abbas, zerstöre mit seinem in den Palästinensischen Gebieten errichteten „Apartheidsregime“ die Aussichten auf eine Zwei-Staaten-Lösung, da die Regierung damit die Umsetzung der Oslo-Abkommen gestoppt habe. Im Gegenteil habe Israel den Siedlungsbau ausgeweitet und damit die Grundlage für Kooperationen im politischen und Sicherheitsbereich zerstört. Der entscheidende Passus folgt hier: Man werde nicht die einzige Seite bleiben, welche die (Oslo-)Abkommen umsetze, während Israel kontinuierlich diese verletze, so Abbas. Sodann erklärt er, dass Israel seiner Verantwortung als Besatzungsmacht nachkommen müsse. Die palästinensische Seite werde diese Ankündigung mit „friedlichen und rechtlichen Mitteln“ umsetzen.

Abbas' Intentionen

In Ramallah herrschte bei zwei Fragen schnell Einigkeit: Ja, dies war eine „Bombe“ im Abbas'schen Verständnis, berücksichtige man dessen generell vorsichtiges und kompromissuchendes Politikverständnis. Und zugleich: Nein, man werde nicht proaktiv und schnell die Abkommen aufkündigen. Festzumachen ist dies auch an der Uneinheitlichkeit der Rede: Dass einerseits von den Errungenschaften des Staatsaufbaus und der Bereitschaft, mit regionalen und internationalen Partnern daran anzuknüpfen, gesprochen wird, andererseits aber ein konfrontativer Angriff gegen Israel angekündigt wird, macht deutlich, dass viele Autoren an der Rede mitgeschrieben haben, so die einheitliche Auffassung in Ramallah. Die beiden Hauptlager – „Ja zu Staatsaufbau“ versus „Nein zu bedingungsloser Kooperation mit Israel“ – schickten ihre Fürsprecher in den vergangenen Wochen wiederholt in die öffentliche Arena, um für Unterstützung beim Volk zu werben.

Abbas scheint nicht unwillig zu sein, Ausschreitungen mit der israelischen Armee auf kleiner Flamme zu tolerieren. Zu erkennen ist dies daran, dass er von seinem Manuskript dort abwich, wo es um die Oslo-Bewertung ging: Seine Kritik fiel wesentlich expliziter aus als es der zuvor in Umlauf gebrachte Text angekündigt hatte.² Damit, so eine mögliche Deutung, wolle er interner Kritik an seinem Führungsstil begegnen und wieder Herr über eine zum Widerstand gegen die israelische Besatzung vorherrschende Stimmung werden. Denn ziviler Widerstand wird insbesondere in den Führungskreisen von Fatah und PLO als legitimes Mittel beworben: das Verhindern von Protesten durch die palästinensischen Sicherheitskräfte würde, so die Auffassung, als (falsche)

² Vgl. Live-Mitschnitt der Rede ab Minute 30:00 - <http://gadebate.un.org/70/palestine-state>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

BASTIAN SCHROEDER

Oktober 2015

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Aktuelle Informationen finden Sie auch auf [Facebook](#) und [Twitter](#)

politische Entscheidung gedeutet werden können.³

Langfristige Abwägungen dominieren

Die Rede als Reaktion auf die jüngsten Vorkommnisse in Jerusalem und auf das Scheitern der letzten US-Friedensinitiative unter Außenminister John Kerry (Frühjahr 2014) zu reduzieren, ist zu kurz gegriffen: „Die Uhr des Präsidenten tickt nicht in Tagen und Wochen, sondern in Jahren und Dekaden“, so ein enger Vertrauter Mahmud Abbas‘.⁴ So ist seine Frustration, die in der Rede zum Ausdruck kommt, als Reflexion eines vierzigjährigen Bemühens um eine Lösung des Nahostkonflikts zu betrachten:⁵ Bereits in den 1970er Jahren warb er für eine Zwei-Staaten-Lösung, mit einem palästinensischen Staat in Gaza, dem Westjordanland und Ost-Jerusalem, während eine Mehrheit seines Volks noch von der „Befreiung Palästinas“ träumte. Abbas‘ Überzeugung setzte sich durch: 1988 mit der Anerkennung Israels durch die PLO und 1993 mit der Unterzeichnung der Oslo-Verträge, die Abbas selbst mitaushandelte. Die zweite Hälfte der 2000er Jahre wiederum war geprägt von den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaubemühungen, hier schon in der Funktion des PA-Präsidenten, in die er 2005 gewählt wurde. Angesichts gescheiterter Friedensbemühungen begann 2011 schließlich sein Bestreben, über eine „Internationalisierung“ des Konflikts Erfolge zu ernten. In- des: Weder Oslo, noch spätere Verhandlungen führten die Palästinenser näher an ihr Ziel eines eigenen Staates. Dieser Realität, so Beobachter in Ramallah, habe sich Abbas regelmäßig verschlossen, weil er immer wieder neuen Initiativen Vertrauen schenkte. In der PLO verbreitet sich nun folgendes Narrativ: Während Abbas und mit ihm die Palästinensische Autonomiebehörde (PA)

geliefert hätten, was die Staatengemeinschaft und Israel forderten, hätte es auf der Gegenseite an Zuspruch und Handlungsbe reitschaft gefehlt.⁶ Mehr noch: Aus der PLO-Führung wird Abbas nun Naivität vorgeworfen, weil er auch in der jüngsten Verhandlungsrunde US-Außenminister Kerry Glauben schenkte.

Ein „Verhandeln um des Verhandelns Willen“, so formuliert es der Präsident in seiner Rede, wird es nun nicht mehr geben. Für den Kompromissucher Abbas ist das eine gravierende Richtungsänderung. Nüchtern betrachtet handelt es sich allerdings nur um eine späte Anerkennung von längst Offensichtlichem: Ein Friedensprozess findet schon lange nicht mehr zwischen Israelis und Palästinensern statt. Schon zu seinen Oppositionszeiten erklärte Ariel Scharon, israelischer Ministerpräsident von 2001 bis 2006, Oslo für gescheitert.⁷ Nun bemängeln viele Palästinenser, dass der Prozess vor allem für jene internationalen Akteure zur bequemen Referenz wurde, die zwar in Zeiten gewaltsamer Zusammenstöße auf ein verbindliches Vertragswerk verweisen, aber selber nicht aktiv vermitteln wollten. So wurde der Friedensprozess zu einem Selbstzweck und der Begriff *Prozess* zu einer Worthülse aus Sicht der Palästinenser. Dem trägt Mahmud Abbas nun Rechnung.

Szenarien noch unklar

Doch genauso wie die „Bombe“ in New York nur vorsichtig und zurückhaltend zu vernehmen war, werden sich ihre Konsequenzen entfalten: Denn bislang ist völlig unklar, welche in den Abkommen definierten Sektoren von einer möglichen Aufkündigung betroffen sein könnten. Bislang werden die Sektoren Politik, Wirtschaft und Sicherheit

³ PLO Funktionär im Interview mit den Autoren – 05.10.2015.

⁴ Dr. Husam Zomlot, Sonderbotschafter der PLO und Ko-Koordinator der Palestine Strategy Group, im Interview mit den Autoren - Ramallah, 12.10.2015.

⁵ Ebd.

⁶ PLO Funktionär im Interview mit den Autoren – 05.10.2015.

⁷ Alan Philps, Sharon launches poll campaign by saying peace plan is dead, Telegraph, 11.01.2001 - <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/israel/1314336/Sharon-launches-poll-campaign-by-saying-peace-plan-is-dead.html>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

BASTIAN SCHROEDER

Oktober 2015

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Aktuelle Informationen finden Sie auch auf [Facebook](#) und [Twitter](#)

mit Israel koordiniert. Darunter finden sich wiederum viele Teilbereiche. Im Bereich der Sicherheitskooperation beispielsweise, mit deren Aufkündigung seit geraumer Zeit kokettiert wurde, findet sich eine ganze Reihe nachgeordneter Koordinierungsfelder. Dazu zählen der Austausch der Geheimdienste, die direkte Kommunikation der israelischen Kommandeure in den besetzten Gebieten mit palästinensischen Sicherheitskräften und die Polizeikooperation. Der Austausch der israelischen mit der palästinensischen Polizei macht allein 80 Prozent der gesamten Sicherheitskoordination aus.⁸

Im Fall einer praktischen Umsetzung von Abbas' Ankündigung stünden den Palästinensern folglich eine Vielzahl von Interventionsfeldern bereit, um den präsidialen Worten Nachdruck zu verleihen. Es wäre also eine „selektive und keine umfassende“ Abkehr von Oslo, heißt es innerhalb der Fatah.⁹ Dies könnte eine ähnlich kaskadenartige Dramaturgie entfalten, wie die seit 2011 laufenden Anerkennungsbestrebungen in internationalen Organisationen wie der VN und zuletzt dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). Ob eine Priorisierung von aufzukündigenden Kooperationsfeldern bereits erfolgt ist, beziehungsweise ob überhaupt eine Strategie zur Umsetzung der VN-Rede vorliegt, darf mehr als angezweifelt werden und wird auch aus dem Umfeld des Präsidenten dementiert.¹⁰ Zu übereilten Schritten wird es somit nicht kommen.

Internationale Adresse der Rede

Die Dramatik der Formulierung ist auch der palästinensischen Befürchtung geschuldet, angesichts anderer Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten nicht mehr ausreichend wahrgenommen zu werden. Im „Wettbe-

werb der Krisen“, so die Sorge, hatten die Palästinenser zuletzt in der globalen Wahrnehmung das Nachsehen.¹¹ Abbas' artikuliert Bereitschaft, Oslo in Frage zu stellen, soll demnach auch als Warnschuss an die Adresse der internationalen Staatengemeinschaft verstanden werden: Noch, so die Deutung, steht die Tür des Präsidenten für Verhandlungen offen.¹² Auch in Ramallah glaubt man, dass Abbas vor allem auf den internationalen Kontext abzielt: Das Streben nach weiteren Mitgliedschaften in internationalen Organisationen und das Werben für einen multilateralen Konfliktlösungsmechanismus nach Vorbild der P5+1 könnten primäre Ziele des Präsidenten sein.¹³

Die innenpolitische Dimension der Rede

Weitaus weniger Beachtung hat bisher der innenpolitische Aspekt der Rede erhalten. Fast beiläufig rief Präsident Abbas der Weltöffentlichkeit die VN-Resolution 67/19 aus dem Jahr 2012 ins Gedächtnis, welche der Palästinensischen Befreiungsorganisation nicht nur Beobachterstatus in den Vereinten Nationen als Nicht-Mitgliedsstaat zuspricht, sondern auch die besondere Stellung der PLO und ihrer zentralen Organe als einzig legitime Vertretung der Palästinenser bekräftigt: „[...]Das Exekutivkomitee der PLO soll die Übergangsregierung und der Palästinensische Nationalrat das Parlament des palästinensischen Staates sein.“¹⁴

Dass Präsident Abbas sich ausgerechnet jetzt gezwungen sieht, eine auf den ersten Blick offensichtliche Feststellung vor der Weltöffentlichkeit explizit zu Protokoll zu geben, kann nur im Kontext der Rücktrittsgerüchte um seine Person sowie der schwindenden Zustimmungswerte der letz-

⁸ Dr. Khalil Shikaki, Direktor der Denkfabrik PCPSR, im Interview mit den Autoren - Ramallah, 07.10.2015.

⁹ Dr. Husam Zomlot, Sonderbotschafter der PLO und Koordinator der Palestine Strategy Group, im Interview mit den Autoren - Ramallah, 12.10.2015.

¹⁰ Ashraf al-Hawr: „Der politische Plan ist fertig“ (قطعة خبث), in: Al-Quds Al-Arabi, 01.10.2015 (<http://www.alquds.co.uk/?p=411874>).

¹¹ Dr. Khalil Shikaki, Direktor der Denkfabrik PCPSR, im Interview mit den Autoren - Ramallah, 07.10.2015.

¹² Ashraf al-Hawr: „Der politische Plan ist fertig“ (قطعة خبث), in: Al-Quds Al-Arabi, 01.10.2015 (<http://www.alquds.co.uk/?p=411874>).

¹³ PLO Funktionär im Interview mit den Autoren - 05.10.2015.

¹⁴ Vgl. Live-Mitschnitt der Rede -

<http://gadebate.un.org/70/palestine-state>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

BASTIAN SCHROEDER

Oktober 2015

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Aktuelle Informationen finden Sie auch auf [Facebook](#) und [Twitter](#)

ten Wochen und Monate verstanden werden.¹⁵ Vieles deutet darauf hin, dass die Rede den Auftakt einer langfristigen Strategie darstellt, die PLO als Institution wiederzubeleben und Abbas' Ausscheiden aus der aktiven Politik vorzubereiten.

Exkurs: PLO versus PA

Seit der Schaffung der Palästinensischen Autonomiebehörde durch die Oslo-Abkommen (1993 bis 1995) hat die PLO sukzessive an Bedeutung und Ansehen verloren, nicht zuletzt aufgrund des Friedensprozesses, der sich seit Jahren mehr durch Stillstand als durch Voranschreiten auszeichnet. Hinzu kommt die Marginalisierung der PLO durch die internationale Gemeinschaft, deren Unterstützung für die Palästinenser sich über einen funktionalen – und nicht politischen – Ansatz auf den Staatsaufbau und damit die PA konzentriert habe, wie Dr. Hanan Ashrawi, Mitglied des Exekutivkomitees, sagt.¹⁶

Die Rollenverteilung zwischen der PLO und PA hat sich in den letzten 20 Jahren grundlegend gewandelt, sodass die PLO mittlerweile nur mehr „ein Posten auf dem Budget der PA“ ist.¹⁷ Zu dem gleichen Schluss kommt auch Dr. Khalil Shikaki, Direktor des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PCPSR) in Ramallah: „Die PLO ist bankrott. Sie lebt von ihrer Mutter, der PA, und das nur so lange, wie diese existiert.“¹⁸

Das entspricht jedoch nicht dem ursprünglichen Mandat und Selbstverständnis dieser für die Palästinenser so prestigeträchtigen Institution. Die PLO repräsentiert die Palästinenser politisch und ist dazu bevollmächtigt, Verhandlungen mit Israel zu führen. Dafür verfügt sie über verschiedene Abtei-

lungen, die sich mit den Konfliktgegenständen beschäftigen. Geführt und international vertreten wird die PLO von einem Exekutivkomitee und dessen Vorsitzenden Mahmud Abbas. Das Komitee erhält seine Legitimation vom palästinensischen Nationalrat (PNC), dem höchsten Organ innerhalb der PLO. Gemäß den Statuten muss der PNC alle zwei Jahre tagen und ist verantwortlich dafür, das politische Programm der PLO zu formulieren. Die letzte ordentliche Sitzung liegt jedoch bereits 17 Jahre zurück, die letzte außerordentliche Sitzung fand im Jahr 2009 statt. Um das Legitimationsdefizit, das sich aus den unregelmäßigen Sitzungen ergibt, zu überbrücken, rief der PNC in seiner elften Sitzung im Jahr 1973 den Zentralrat ins Leben, der die Legislativfunktion übernehmen soll, wenn der Nationalrat nicht tagt.

Die Palästinensische Autonomiebehörde hingegen ist ein Produkt der Oslo-Abkommen und erhält ihre Legitimation von der PLO. Die PA hat die Funktion, die Abkommen, welche die PLO geschlossen hat, zu implementieren und den Palästinensern in ihrem Verwaltungsgebiet als Dienstleister bereitzustehen. Dazu wurden der PA Verwaltungs- und Sicherheitsverantwortung in den so genannten A- und B-Gebieten übertragen. Ihre Organe sind der Palästinensische Legislativrat (Legislative), der Präsident und ein vom Ministerpräsidenten geführtes Kabinett (Exekutive) sowie eine unabhängige Gerichtsbarkeit (Judikative). Dabei ist es dem Legislativrat untersagt, Gesetze zu Themen zu erlassen, die Gegenstand von Endstatusverhandlungen sind. Zudem repräsentiert er ausschließlich Palästinenser in den Palästinensischen Gebieten und nicht alle Palästinenser weltweit, wie dies die PLO für sich beanspruchen kann.

Die einst klare Rollenverteilung auf dem Papier ist während der letzten zwei Jahrzehnte in der Realität jedoch massiv verschwommen. Ein Großteil des Personals und Bud-

¹⁵ Marc Frings, Abbas in New York, 29.09.2015 - <http://www.kas.de/palaestinensische-gebiete/de/publications/42678/>.

¹⁶ Dr. Hanan Ashrawi, Mitglied des PLO-Exekutivkomitees, im Interview mit den Autoren – 13.10.2015.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Dr. Khalil Shikaki, Direktor der Denkfabrik PCPSR, im Interview mit den Autoren - Ramallah, 07.10.2015.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

BASTIAN SCHROEDER

Oktober 2015

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Aktuelle Informationen finden Sie auch auf [Facebook](#) und [Twitter](#)

gets der PLO wurden in die PA überführt und die PLO damit automatisch geschwächt.

Auch Überschneidungen in den Führungspositionen von PA und PLO haben zu Unklarheiten bezüglich der Zuständigkeiten der einzelnen Institutionen beigetragen, besonders im Bereich der politischen Vertretung. Prominentestes Beispiel ist Mahmud Abbas selbst, der aktuell sowohl Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde als auch Vorsitzender der PLO ist.

Die PA als Manifestation des Status Quo

Für die meisten Palästinenser ist die PA „eine Manifestation des Status Quo“, so ein PLO Funktionär.¹⁹ Versteht man Abbas' Rede vor den VN als gezielten Versuch, mit dem Status Quo (Oslo-Abkommen) zu brechen,²⁰ so beinhaltet dies logischerweise auch eine Neudefinition und Umstrukturierung der PA. Für Husam Zomlot, Sonderbotschafter der PLO, markiert die Rede deshalb nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch eine Wende: „Das ist das Ende einer Ära. Präsident Abbas wird das Schiff [die PA] nicht komplett auf Grund laufen lassen. Wir müssen ein neues Paradigma schaffen, das auf der PLO [...] basiert.“²¹ Das bedeute jedoch nicht, dass die Palästinenser ihre nationalen Institutionen auflösen sollten. Das sei kontraproduktiv. Stattdessen müssten die Institutionen neu definiert werden: „Im Moment fungiert die PA als Wohlfühlfaktor für die Besatzung. In der Zukunft wird die PA das tägliche Leben der Bürger in den Palästinensischen Gebieten regeln, aber nichts mit Politik zu tun haben.“²² Damit unterstreicht Zomlot noch einmal die Vermutung, dass kurzfristig keine drastischen Schritte aus den Ankündigungen in der Rede zu erwarten sind, am allerwenigsten die Auflösung der PA.

¹⁹ PLO Funktionär im Interview mit den Autoren – 05.10.2015.

²⁰ Vgl. Live-Mitschnitt der Rede ab Minute 30:00 - <http://gadebate.un.org/70/palestine-state>.

²¹ Dr. Husam Zomlot, Sonderbotschafter der PLO und Koordinator der Palestine Strategy Group, im Interview mit den Autoren - Ramallah, 12.10.2015.

²² Ebd.

Wiederbelebung der PLO

Kurzfristig wird sich der Plan, die PLO wieder als zentrale Institution zu positionieren, jedoch nicht umsetzen lassen. Dafür seien die Strukturen innerhalb der PLO zu schwach, betont Hanan Ashrawi. Hinzu kommt, wie auch in der Autonomiebehörde, ein offensichtliches Demokratiedefizit, das aus der Abwesenheit von Wahlen rührt. „Die PLO ist ein überholter Verein, dominiert von Männern zwischen 60 und 90.“²³

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die palästinensische Öffentlichkeit der PLO skeptisch gegenübersteht. In der Öffentlichkeit dominiert die PA trotz aller Kritik die PLO und wird vielmehr als Repräsentantin der Palästinenser wahrgenommen.²⁴

Die für Mitte September erst einberufene und dann verschobene Sitzung des PLO-Nationalrates sowie die Ankündigung des Exekutivkomitees im Zuge dieser Sitzung geschlossen zurückzutreten, wäre eine Möglichkeit gewesen, das Ansehen der PLO innerhalb der Bevölkerung wieder zu stärken.

Wozu diese neue Strategie?

In Anbetracht der innenpolitischen Herausforderungen ist der Versuch, über die PLO wieder an Legitimität zu gewinnen, durchaus nachvollziehbar. Abbas steht innenpolitisch vor einem Dilemma: die Hamas-Fatah-Kluft blockiert das politische System, die Umfragewerte der Fatah verschlechtern sich zunehmend und der israelisch-palästinensische Konflikt ist kaum mehr eine Priorität auf der internationalen Agenda. Damit steigt der Druck auf den Präsidenten. Eine wiedererstarke PLO könnte in dieser Situation eine politische Absicherung bieten.

²³ Dr. Hanan Ashrawi, Mitglied des PLO-Exekutivkomitees, im Interview mit den Autoren – 13.10.2015.

²⁴ Vgl. gemeinsame Presseerklärung von KAS und PCPSR, 21.09.2015 - http://www.kas.de/wf/doc/kas_16864-1442-1-30.pdf?150925131343.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

BASTIAN SCHROEDER

Oktober 2015

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Aktuelle Informationen finden Sie auch auf [Facebook](#) und [Twitter](#)

Zudem halten sich die Gerüchte um Abbas' Rückzug aus der Politik hartnäckig. Zwar ist nicht vollkommen ausgeschlossen, dass Abbas sich einmal mehr des von ihm selbst überstrapazierten Mittels der Rücktrittsdrohung bedient, die Anzeichen verdichten sich jedoch, dass er seinen geordneten Rückzug vorbereitet. Auch Hanan Ashrawi hält seine Rücktrittspläne für ernst gemeint und vermutet, dass er sowohl innerhalb der Fatah als auch der PLO geregelte Strukturen hinterlassen will.²⁵

FAZIT

Die aktuelle Eskalation zwischen Israel und den Palästinensern könnte den geplanten Kurswechsel jedoch vorerst durchkreuzen. „Manchmal macht die Realität alle Ankündigungen zunichte“, konstatiert Ashrawi.²⁶ Dennoch ist man innerhalb der PLO davon überzeugt, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Aber Abbas ist gewarnt, denn sollten sich die Auseinandersetzungen nicht beruhigen lassen, könnte sich der Präsident früher als gewünscht gezwungen fühlen, Farbe zu bekennen. Dass die palästinensischen Sicherheitskräfte Demonstrationen gegen das israelische Militär im Westjordanland nicht unterbinden, ist mehr Selbstschutz als die eigentlich bevorzugte Politik des Präsidenten. Sich dem Druck der Straße in dieser Situation entgegenzustellen, käme politischem Selbstmord gleich und würde dem Lager der Hamas unnötig Zulauf verschaffen. Ein zu striktes Einschreiten der Sicherheitsbehörden in der jetzigen Lage könnte den Fokus einmal mehr auf die noch intakte Sicherheitskooperation mit Israel lenken. Diese wird von der Öffentlichkeit ohnehin regelmäßig kritisiert und hat Präsident Abbas schon häufig politisches Kapital gekostet. Sollte die Kritik an der Kooperation nun erneut laut werden, könnte die Führung in Ramallah gezwungen sein, der In-

fragestellung der Oslo-Verträge früher Taten folgen zu lassen als gewünscht.

Damit vollzieht die palästinensische Führung eine gefährliche Gratwanderung. Bisher konnte Präsident Abbas die Auseinandersetzungen in seinem Einflussgebiet, dem Westjordanland, auf kleiner Flamme halten. Die nächsten Wochen werden jedoch zeigen, ob die Welle von Jerusalem auch in Richtung Ramallah schwappt und sich im schlimmsten Fall gegen die eigene Regierung richtet.

Noch steckt die Strategie zur Stärkung der PLO in den Kinderschuhen. Die PLO hätte demnach nicht die Kapazitäten und das Ansehen, den Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber der PA aufzufangen. Ob sich hinter der Ankündigung überhaupt ein seriöses Anliegen verbirgt, müssen ebenso wie bei dem Thema Oslo-Abkommen, die nächsten Wochen und Monate zeigen. Will Abbas seinen Kurswechsel glaubwürdig vollziehen, stünde er auch vor der Herausforderung, die derzeit ressourcenarme PLO finanziell wieder zu stärken.

Abbas' Bruch mit dem Status Quo unterstreicht die palästinensische Strategie, die Konfliktlösung mit Israel zu internationalisieren. So geht man auf Seiten der palästinensischen Führung nicht mehr davon aus, dass durch bilaterale Verhandlungen unter Schirmherrschaft der USA eine Lösung herbeigeführt werden kann. Stattdessen setzt man die Hoffnungen auf einen multilateral moderierten Konfliktlösungsmechanismus.

²⁵ Dr. Hanan Ashrawi, Mitglied des PLO-Exekutivkomitees, im Interview mit den Autoren – 13.10.2015.

²⁶ Ebd.